

Transparenz ist kein Wert an sich

KAREN HORN

Nicht jeder politische Streit muss breit vor Publikum ausgetragen werden. Der Bürger muss nicht alles wissen - aber er sollte präzise wissen, was er wissen muss.

«Transparenz» sollte die längste Zeit eines der sakrosankten Gutwörter der modernen Gesellschaft gewesen sein. Zwar gilt noch immer: Durchblick ist notwendig, um die Kontrolle zu behalten. Doch traue, schau, wem! Nicht für jedermann ist es legitim, die Kontrolle zu haben. Und wenn, dann ist es nicht automatisch auch gut, sie auszuüben. Ob Transparenz etwas Gutes ist, bemisst sich allein danach, ob die Kontrolle, die sie ermöglicht, gerechtfertigt und zweckmässig ist.

Effektive Kontrolle

Dass das Handeln der staatlichen Instanzen transparent sein sollte, liegt auf der Hand. In einer freiheitlichen Ordnung erteilen die Bürger als Auftraggeber der demokratisch gewählten Regierung ein widerrufbares Mandat. Damit der Souverän die Regierung effektiv kontrollieren kann, damit also der Auftragnehmer dem Auftraggeber nicht auf der Nase herumtanzt, ist Transparenz notwendig. Es muss für den Souverän nachvollziehbar sein, welche politischen Entscheidungen wann, von wem, wozu und unter welchen Bedingungen gefällt werden. Deshalb ist es beispielsweise auch sinnvoll, dass Abgeordnete offenlegen müssen, aus welchen Quellen sie Nebeneinkünfte beziehen.

Trotzdem sollte man es mit der Transparenz nicht übertreiben. Es verursacht Kosten, die für eine vollständige Kontrolle nötigen Informationen zu sortieren und zu verarbeiten. Offenlegungspflichten entarten leicht zu bürokratischen Monstern. Nicht jeder politische Streit muss breit vor Publikum ausgetragen werden. Und das Privatleben der Volksvertreter geht ohnehin niemanden etwas an. Der Bürger muss nicht alles wissen - aber er sollte präzise wissen, was er wissen muss. Die Ergebnisse der Geheimdienstarbeit zum Beispiel, über die seit dem NSA-Skandal viel diskutiert wird, können im Einzelnen nicht transparent sein, das wäre absurd. Aber der Bürger muss wissen und darauf pochen, dass die Dienste sein explizites Mandat für ihre Aufgaben und ihre Mittel brauchen. Die Entscheidung hierüber kommt zwingend dem Souverän zu, da hat der Whistleblower Edward Snowden ganz recht. Während die staatliche Sphäre also in mancherlei Hinsicht schon allzu transparent, in anderer Hinsicht aber immer noch undurchsichtig ist, haben wir es gleichzeitig längst mit dem gläsernen Bürger zu tun. Alle unsere Schritte lassen sich nachvollziehen; das Geld ist allenfalls noch unter der Matratze zu verstecken. Die einst träumerisch verklärte Transparenz bedeutet jetzt, dass der Bürger die eigene Kontrolle zusehends verliert. Elektronische Datenverarbeitung und Internet machen es auch dem Staat leicht, an personenbezogene Informationen zu gelangen, sie zu sammeln, zu bündeln und ohne Wissen der Betroffenen - geschweige denn mit ihrer Einwilligung - zu nutzen, wozu auch immer.

Auch das Verhältnis der Bürger untereinander verändert sich durch die digitale Transparenz. Gleich, ob Auftraggeber oder Auftragnehmer, alle stehen im Licht. Facebook, Twitter und wie sie alle heissen - gerade junge Leute breiten ihr Leben auf diesen Plattformen schamlos aus. Man erfährt mehr, als man wissen will. Zugleich ist es teuer und umständlich geworden, selbst keine Spuren zu hinterlassen. Privatsphäre? Manche jungen Wilden haben längst die Post-Privacy-Ära ausgerufen und meinen das nicht einmal resignativ. Mit fahrlässiger Naivität gegenüber Staat und Mitmenschen bauen sie darauf, dass die ubiquitäre Information automatisch für Toleranz sorgt, so dass man eine Privatsphäre gar nicht mehr braucht. «Shitstorms», Stalking und Mobbing sprechen gegen diese Hoffnung. In der virtuellen Welt verrohen die Sitten. Radikale aller Couleur fühlen sich von Einsamkeit befreit, «purifizieren» gemeinsam ihre Ideologien und verlieren alle Hemmungen.

Den «digitalen Radiergummi», an dem Techniker derzeit arbeiten, verdammen die Post-Privacy-Leute als reaktionären Gewaltakt des Staats. Zwischen ihnen und jenen Anarchokapitalisten, die den Staat und die mit ihm verbundenen Institutionen abschaffen möchten, zeichnet sich damit eine bizarre Parallele ab. Wie sich die Post-Privacy-Adepten von der Privatsphäre verabschiedet haben, sehen sich die Anarchokapitalisten in einer Welt ohne legitimes intellektuelles Eigentumsrecht; Patente lehnen sie als staatliche Privilegien ab. Sie verstehen sich dabei als Liberale; von den Post-Privacy-Leuten weiss man das nicht so genau.

Es ist gefährlich, wenn aus der gesunden Skepsis des Souveräns gegenüber staatlichem Handeln tatsächlich der überhebliche Leichtsinn wird, jeglichem kollektiven Handeln nach demokratischen Regeln die Legitimität abzusprechen und auf einen der Freiheit zuträglichen Ordnungsrahmen ganz verzichten zu wollen. Dabei hat sich doch in der liberalen Tradition längst herauskristallisiert, wie ein solcher Rahmen aussehen soll: Die Regeln sollten allgemein zustimmungsfähig sein und spontane gesellschaftliche Entwicklungen nicht aktiv prägen, sondern bloss passiv nachvollziehen.

Freiheit ist ein Wert an sich

Einiges ist in dieser Richtung zum Glück auch schon geschehen. Die Persönlichkeitsrechte der Internetnutzer erfahren mehr Schutz. Wer auf Bewertungsforen verunglimpft wird oder einem Fälscher in die Fänge geht, der kann den ihn schädigenden Eintrag löschen lassen. Wem die Selbstvervollständigungsfunktion der Suchmaschine Anzüglichkeiten anhängt, der kann das ändern lassen. Der Europäische Gerichtshof schliesslich hat ein «Recht auf Vergessen im Internet» postuliert.

Die technische Entwicklung kann und sollte man nicht zurückdrehen. Aber es gilt den Rahmen richtig zu setzen. Die Richtschnur bei der Arbeit am Ordnungsrahmen für das Zeitalter ubiquitärer Information muss schlicht sein, dem Bürger die legitime Kontrolle über sein Leben und über das Handeln der Regierung zu erhalten. Transparenz ist kein Wert an sich, Freiheit aber schon.

Die Autorin ist Vorsitzende der Friedrich-A.-von-Hayek-Gesellschaft. Dieser Artikel wurde in der Neuen Zürcher Zeitung publiziert. Mit freundlicher Genehmigung.



Dieser Text ist verfügbar online unter: <https://www.libinst.ch/?i=transparenz-ist-kein-wert-an-sich>
© Copyright 2014 **Liberales Institute**